

Von der Bonner zur Berliner Republik

Von Klaus Hornung

Vortrag, gehalten 2002 bei der SWG



Die Väter des Grundgesetzes haben 1948/49 die Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch ganz in der Kontinuität unserer Nationalgeschichte verstanden, als staatlichen Notbau im Abgrund, in den Hitler und der totalitäre Nationalsozialismus die Deutschen gestürzt hatten, und zugleich mit dem Willen, hier einen Kern- und Treuhandstaat für Gesamtdeutschland zu schaffen mit dem Auftrag, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, wie es in der feierlichen Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß. Das „Provisorium“ sollte „Transitorium“ sein (Theodor Heuss), Durchgangsstadium für einen künftigen, wieder gesamtdeutschen Staat. Besonders der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, sah darin den Hebel, um den Nullpunkt

des totalen Zusammenbruchs, des Potsdamer Abkommens und reiner Besatzungsherrschaft schrittweise zu überwinden auf einem - gewiß mühsamen - Weg zur Wiedergewinnung deutscher Souveränität und internationaler Gleichberechtigung.

Seine Politik der West-Option, der Eingliederung des westdeutschen Teilstaats in die westlichen Verbundsysteme, von „Europa“ bis zur NATO, war von diesem Ziel bestimmt. Wenn die Gründung der Bundesrepublik und die Politik der Westintegration damals von nicht wenigen Zeitgenossen als Zementierung der deutschen Teilung, ja als Vaterlandsverrat des „Kanzlers der Alliierten“ (Kurt Schumacher) qualifiziert wurde, war das ein tiefes Mißverständnis der Motive und Ziele des ersten Bundeskanzlers. Tatsächlich ging es ihm um die Gewinnung des archimedischen Punkts, von dem aus schließlich die deutsche und damit zugleich die europäische Teilung überwunden werden konnten. Heute, nach der Erfahrung des großen Umbruchs von 1989/91 in Deutschland und Europa, wissen wir, daß Adenauers „Umweg-Logik“ von der Geschichte schließlich mit Erfolg belohnt wurde.

Großschweiz in Mitteleuropa?

Die Gegenkräfte zu Adenauers Kurs waren von Anfang an stark. Da war nicht nur die Sorge, Existenz und Ausbau der Bundesrepublik werde die deutsche Teilung festigen. Da war auch eine starke Strömung des „Ohne mich!“, „Ohne uns!“ in großen Teilen der Kriegsgeneration, als Adenauer Folgerungen zu ziehen begann aus der sowjetischen Bedrohung Westdeutschlands und Westeuropas, wie sie seit der Berlin-Blockade 1948/49 und dann durch den kommunistischen Angriff auf Südkorea im Sommer 1950 deutlich geworden war. Als

Adenauer dem Westen kurz darauf einen deutschen „Verteidigungsbeitrag“ anbot, bedeutete dies den Konflikt mit jenen Kräften in Westdeutschland, die der vorherigen „Machtversessenheit“ Hitlers nun die Antwort totaler „Machtvergessenheit“ (Hans-Peter Schwarz) entgegensetzen wollten.

Im Konflikt Adenauers mit seinem ersten Innenminister Gustav Heinemann, dem späteren Bundespräsidenten, wurde die Alternative zu Adenauers Strategie deutlich: Nach Heinemanns Meinung konnte die Teilung nur überwunden werden, wenn Gesamtdeutschland politisch neutral und militärisch blockfrei wurde und ohne nennenswerte militärische Stärke blieb. Die Vorstellung eines künftigen Gesamtdeutschland als einer Art „Großschweiz in Mitteleuropa“ übte zeitweise eine nicht geringe Anziehungskraft auf viele wohlmeinende Geister in Deutschland aus. Zusätzlich verbanden sich mit Neutralität und Blockfreiheit ideologisch-gesellschaftspolitische Motive eines „dritten Weges“ zwischen westlich-amerikanischem Kapitalismus und dem „sozialistischen“ Sowjetsystem. Und bald kamen auch problematische, politischem Realismus widerstrebende theologische Argumente hinzu, besonders auf protestantischer Seite, Motive eines christlichen Pazifismus, denen etwa Heinemann mit dem Satz Ausdruck gab: Gott habe uns „die Waffen aus der Hand geschlagen“, sie wieder zu erheben widerspräche daher seinem Willen.

Ich wurde damals als Student Anhänger des Adenauer-Konzeptes, weil ich in der Neutralität Gesamtdeutschlands zwischen den Blöcken vor allem die Gefahr sah, daß sie zur Vorstufe der Sowjetisierung auch Westdeutschlands werden würde. Adenauers Kurs, innenpolitisch nie ungefährdet, hat in der Folgezeit immer wieder Wählermehrheiten gefunden, besonders bei der Bundestagswahl 1957, die unter dem Eindruck der schweren internationalen Doppelkrise im Herbst 1956 stand - Aufstand und Sowjetintervention in Ungarn und gleichzeitige Suez-Expedition Englands und Frankreichs -, die die Welt an den Rand des Dritten Weltkrieges zu bringen drohte. Besonders im linken Teil des politischen Spektrums und mehrheitlich bei den immer einflußreicheren Medien, vor allem dem Fernsehen, überwog jedoch die Ablehnung des Adenauer-Kurses und seines Junktims des Westbündnisses mit der Verpflichtung der Bündnispartner auf die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen.

Die Ablehnung von Adenauers West-Option wurde zunächst mit dem Interesse begründet, die deutsche Teilung zu arrangieren, sie als letztes Wort der Geschichte zu betrachten, wenn nicht gleich als Sühne für die deutsche Schuld am Nationalsozialismus, wie sich die deutschen evangelischen Kirchen etwa zum vierzigsten Jahrestag der deutschen Kapitulation 1985 vernehmen ließen. Von dieser Position aus ließ sich dann schließlich auch der Brückenschlag ermöglichen zur sogenannten „Friedensbewegung“ gegen die westliche Nachrüstung bei den Mittelstreckenraketen seit Ende der siebziger Jahre, in der sich erneut nicht nur die Anti-Adenauer-Opposition der fünfziger Jahre sammelte, sondern an der auch die politisch-ideologischen Hilfstruppen Moskaus und Ost-Berlins führend mitwirkten, wie etwa beim sogenannten Krefelder Appell für den Frieden. Bis hinein in die SPD war man nun geneigt, die „DDR“ als „die andere deutsche Möglichkeit“, wenn nicht gleich als das „bessere“, weil friedliche Deutschland zu betrachten und zu stärken. Bekanntlich ist der zweite sozialdemokratische Bundeskanzler, Helmut Schmidt, an dieser linken Volksfront gescheitert.

Staat ohne Ernstfall - Westdeutsche Schönwettergesellschaft

Hinzu trat dann aber auch eine Entwicklung, die dem Historiker als „Gesetz der ungewollten Wirkungen“ nicht unbekannt ist. Je mehr sich im Schutz des NATO-Bündnisses und der amerikanischen Sicherheitsgarantie der ökonomische Aufschwung des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders entfaltete, desto mehr entwickelte sich in der Bundesrepublik die Mentalität einer originär zivilen Nachkriegsgesellschaft. Hatte Konrad Adenauers Bündnis- und Verteidigungspolitik die Politikfähigkeit des deutschen Teilstaates reaktivieren wollen, so neigten die Westdeutschen in ihrem provisorischen Staatswesen ohne letzte Verantwortung für seine äußere Sicherheit mehr und mehr dazu, sich künftig zu den auserwählten Völkern zu zählen, „denen ein höheres, verklärtes, gewalt- und machtloses Dasein vergönnt ist“ (Michael Freund). Man meinte, den Ernstfall der politischen Existenzsicherung des Gemeinwesens letztlich doch auf das Bündnis abschieben zu können.

Das Verständnis des Politischen wurde reduziert auf den gesellschaftlichen Binnenbereich, auf die Wirtschaft und ihr Wachstum, auf „soziale“ Umverteilung und immer mehr individuelle „Selbstverwirklichung“. Die Republik am Rhein wurde zu einer Schönwettergesellschaft, zu einem „Gesellschaftsstaat“, in dem der einzelne zwar die wachsenden versorgungsstaatlichen Möglichkeiten anspruchsvoll nutzte, dem Gemeinwesen aber mit Gleichgültigkeit gegenüberstand. Zumal der Auftrag des Grundgesetzes zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands immer mehr aus dem Blick geriet. Für die Mehrheit der SPD und für ihren Ableger in der folgenden Generation, die Grünen, wurde die Teilung zur Normalität; aber auch in der CDU erlahmte der Einheitswille deutlich, man begann die Hinnahme der Teilung als Realpolitik auszugeben. 1987 wagte der damalige Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, schließlich sogar unverblümt die Streichung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes vorzuschlagen.

Westdeutsche Wohlstandsversessenheit sowie außen- und sicherheitspolitische „Machtvergessenheit“ wurden zu zwei Seiten derselben Medaille. Im Gegensatz zu den fünfziger Jahren waren nun mit jenen Themen keine Wahlen mehr zu gewinnen. Die „pazifistische Verfügbarkeit“ (Richard von Weizsäcker) der Westdeutschen kam in den euphorischen Hoffnungen zum Ausdruck, die man auf die sozialliberale Entspannungspolitik der siebziger Jahre setzte.

Nach Abschluß der Ostverträge verkündete Willy Brandt, nun sei „der Frieden sicherer geworden“, und die Westdeutschen huldigten mehrheitlich der Meinung, jetzt „könnten wir unsere Kräfte gänzlich den inneren Reformen zuwenden, ohne durch die Aufgabe des Schutzes nach außen allzuviel Zeit und Kraft verlieren zu müssen“ (Weizsäcker). Das markanteste Ergebnis der sozialliberalen Reformära war die öffentliche Verschuldung, die nun einsetzte und schließlich explodierte. Von Vorsorge für den Tag der Einheit konnte unter diesen Umständen keine Rede mehr sein.

Im Ausland wurde diese Entwicklung deutlicher erkannt als bei uns. Henry Kissinger, der kluge Analytiker, nannte die Bonner Republik damals treffend „eine Ökonomie auf der Suche nach dem politischen Daseinszweck“. Von einem politischen Daseinszweck, einer

politischen, geistigen, kulturellen und demokratischen Festigung des westdeutschen Teilstaats im Hinblick nicht zuletzt auf seinen gesamtdeutschen Verfassungsauftrag, konnte immer weniger die Rede sein. Zum bundesdeutschen Verfassungstag am 23. Mai 1973 schrieb die Pariser Tageszeitung „Le Figaro“: „Die Bundesrepublik Deutschland bietet das seltene Beispiel eines Staates, der sich jeder geschichtlichen Verwurzelung verweigert. Diese fehlende lebendige Beziehung zwischen Vergangenheit und Gegenwart könnte sich im Fall einer schweren Krise für diesen Staat als überaus verhängnisvoll erweisen.“

Geschichtsverlust und politischer Realitätsverlust

Damit war einsichtsvoll der Zusammenhang umrissen zwischen dem politischen Realitätsverlust und dem Geschichtsverlust und Geschichtsverzicht, den sich große Teile der Bevölkerung und der politischen Klasse der Republik am Rhein leisten zu können meinten.

Dieser zunehmende Geschichts-, Traditions- und Identitätsverlust mußte die geistige und politische Orientierungsfähigkeit des westdeutschen Teilstaates schwächen. Die sogenannte Vergangenheitsbewältigung trug das ihre zu einem wachsenden „historischen Analphabetismus“ (Alfred Heuss) bei, geht es bei ihr doch weniger um wahrhaft und allseits kritische Erkenntnis der historischen Erklärungszusammenhänge als um ein Ritual und eine Waffe in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart, um ein Instrument des linken „intellektuellen Konformismus“ (Eckart Fuhr), um das politische Koordinatenkreuz unseres Landes von den antitotalitärfreiheitlich- demokratischen Grundlagen des Beginns in Richtung auf eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ unseligen Angedenkens zu verschieben.

Dieses Problem hat Helmut Schoeck schon in den achtziger Jahren in der Feststellung zusammengefaßt: „Die heute in Politik und Medien tonangebende Generation ist historisch so ungebildet und verbildet wie keine mit der Hochschulreife ausgestattete Generation seit 1850. Sie kann mit den ersten fünfundvierzig Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts in den eigenen Köpfen nicht umgehen, glaubt aber ganz genau zu wissen, wie alle anderen, die damals lebten, hätten handeln sollen.“ Und kein Geringerer als Martin Walser hat aus dem Zusammenhang von Geschichtsverlust und politischem Realitätsverlust die Folgerung gezogen, „daß unsere nationale und gesellschaftliche Ratlosigkeit eine Folge der Entfernung von der Geschichte ist“ und daß es dieses historische Erkenntnisdefizit letztendlich sei, das uns unfähig mache „zur kritischen Einsicht in Prozesse, denen wir ausgesetzt sind.“

Berliner Republik: Rückkehr zur politischen Wirklichkeit

Wo stehen wir Deutschen heute, im siebten Jahr nach der tiefen europäischen Zäsur von 1989/91 und nach der Wiedergewinnung unserer staatlichen Einheit? Welche Aufgaben stehen uns bevor, wohin können, sollen wir gehen? Gerade für uns gilt der Satz, daß man nicht weiß, wer man ist und wo man steht, wenn man nicht erkennt, woher man kommt. Deshalb war es nötig, die Wege und auch Abwege der Bonner Republik wenigstens in einem skizzenhaften Überblick ins Auge zu fassen. Der revolutionäre Wandel seit 1989/91 hat vieles von dem seit den siebziger Jahren in der alten Bundesrepublik verbreiteten politischen Diskussionsgut hinfällig werden lassen, man denke nur an die Themen einer illusionären

Friedensbewegung und auch der angeblich wissenschaftlichen „Friedensforschung“. Heute haben wir uns damit vertraut zu machen, daß wir in einer Welt mit wachsenden ökonomischen, ökologischen, politischen, ethnischen, religiös-kulturellen und rassistischen Konfliktpotentialen leben.

Es wäre „eine Illusion zu glauben, wir seien in einen paradisischen Zustand der Welt eingetreten, in dem Krisen, Aufstände, Kriege undenkbar geworden seien. Ganz im Gegenteil, Erschütterungen aller Art werden auf Grund des demographischen Drucks, sozialer und wirtschaftlicher Notstände in vielen Teilen der Welt während der nächsten Jahre und Jahrzehnte um sich greifen“ (Arnulf Baring). Paul Kennedy nennt in seinem wichtigen Buch „In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert“ dieses das vielleicht gefährlichste der Geschichte, geprägt von der demographischen Explosion, der Verminderung der Ressourcen, von Arbeitslosigkeit, Landflucht, Verstädterung und Entstehung von Megastädten sowie gefährlichen Umweltschäden.

Daher wandeln sich auch die Formen der Bedrohung und die Begriffe der Sicherheit. Es geht heute nicht mehr um den klassischen militärischen Angriff von Millionenheeren mit Panzern und Luftwaffe, sondern um eine Fülle von Klein- und Partisanenkriegen, wie zwischen Kurden und Türken, der ETA in Spanien, der IRA in Nordirland, der tamilischen Tiger in Sri Lanka, des islamischen Fundamentalismus, zwischen Ethnien und Stämmen in Schwarzafrika.

Organisierte Kriminalität im Zusammenhang mit Waffen und Drogen, von Rußland bis Lateinamerika, Mafia-Strukturen und -Verhalten, zunehmend auch in den „zivilisierten“ Ländern der „westlichen Wertegemeinschaft“, lassen die Grenzen zwischen „äußerer“ und „innerer“ Bedrohung fließend werden. Menschheitsbeglückende Ideologien wie die der multikulturellen Gesellschaft fördern den steigenden Pegel der Kriminalität.

Der frühere Chef des Bundeskriminalamtes, Zachert, hat recht, wenn er darauf hinweist, daß es nicht die Kriminalität sei, die die Gesellschaft zersetzte, sondern daß zersetzende Gesellschaften sich in den vielfältigen Arten von Kriminalität dokumentierten. So erschöpft sich heute „Sicherheit“ nicht mehr in den militärischen und polizeilichen Aspekten, so unverzichtbar sie bleiben, sondern sie erfordert eine integrale „grand stratégie“ im Zusammenwirken von gesellschaftlichen, politischen, ethischen, ökonomischen, geistig-kulturellen, ökologischen und auch militärischen Faktoren und Aspekten, wie sie etwa bei der Abwehr und Überwindung des internationalen Terrorismus und Drogenhandels allein Erfolg haben kann.

Versuchen wir eine Skizze der Interessenlage und der Aufgaben der Berliner Republik, so sind vor allem folgende Punkte zu nennen:

1. An erster Stelle haben wir unseren eigenen Raum in der Mitte Europas zwischen Rhein und Oder so optimal wie möglich aufzubauen und zu stabilisieren und dies in der ganzen Breite des politischen Aufgabenspektrums, ökonomisch wie sozial, geistig und kulturell und nicht zuletzt auch sicherheitspolitisch nach innen und außen. Die Zeit ist vorbei, da „die Entsorgung von Souveränitätspflichten das geheime Staatsziel“

der alten Bundesrepublik sein konnte (Herbert Kremp). Nach dem Abzug der kommunistisch-sowjetischen Flut sind die unser harrenden Aufgaben enorm genug, wohl für zwei bis drei Generationen, etwa der Kampf gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit, die auf Dauer unsere freiheitliche Demokratie bedroht, die Erhaltung einer stabilen Währung, gewaltige Umweltaufgaben aus der kommunistischen Hinterlassenschaft in den neuen Ländern, um nur einige zu nennen.

2. Diese Stabilität, die ganz selbstverständlich dann ausstrahlt auf die Reformstaaten an unseren östlichen Grenzen von Estland bis Kroatien, ist nationale und europäische Aufgabe zugleich, gemeint auch als Ausdehnung des europäischen Ordnungsrahmens nach Osten von Tallin bis Zagreb einschließlich (wie es schon das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik 1994 formulierte).
3. Der wichtigste Stabilitätsanker der europäisch-atlantischen Region bleibt bis auf weiteres die Nordatlantische Allianz unter amerikanischer Führung. Sie ist in Krisenfällen allein handlungsfähig, wie das Lehrstück des Balkan- und Bosnienkrieges gezeigt hat. Sie allein garantiert die Präsenz der USA in Europa, und diese wiederum dient auch dem innereuropäischen Machtausgleich, liegt also im besonderen Interesse gerade des neu vereinigten Deutschlands.
4. Das wiedervereinigte Deutschland hat auch geopolitisch die Nische der Bonner Republik verlassen und ist wieder in seine historisch vorgezeichnete europäische Mittellage gerückt. Aus diesem Grund muß es in den Bündnissen, denen es angehört, ein eigenes interessengeleitetes Denken entwickeln. Bündnispflichten und entschiedene Wahrnehmung von Souveränitätspflichten sind nun weniger denn je Gegensätze, sondern komplementär, man denke nur an die Abwehr von Flüchtlingsströmen oder der Schlepperkriminalität mit ihren möglichen destabilisierenden Folgen für Europa insgesamt.
5. Die sich um die Berliner Republik und die mittelosteuropäischen Reformstaaten erweiternde Europäische Union wird ihre Strukturen und Institutionen neu ordnen müssen. Es ist zum Beispiel höchste Zeit, die Zuständigkeiten der Europäischen Kommission in Brüssel und der Mitgliedsstaaten nach den Maßstäben der Subsidiarität zu ordnen und europäische Fehlentwicklungen zu korrigieren: etwa die mangelnde Kontrolle der Kommission und vor allem den europäischen Agrarhaushalt, diese „gigantische Fehlkonstruktion“, überhaupt die gesamte schleichende Entwicklung, durch die die Kommission zu einem Motor der Zentralisierung, Gleichmacherei und Bürgerferne geworden ist. Wie kann man sich im selben historischen Moment, da das Sowjetimperium vor allem an seinem Über-Zentralismus gescheitert ist, aus Geschichtsblindheit und bürokratischem Übermut auf einen gleichen Weg begeben? „Europa“, vollends das künftig erweiterte von Finnland bis Sizilien, von einem Zentrum aus „bundesstaatlich“ regieren zu wollen ist eine gefährliche Utopie, die in einem Desaster enden würde. Das Bundesverfassungsgericht hat hier die notwendigen Korrekturen formuliert, wonach die Europäische Union als

„Staatenverbund“, als eine konföderative Staatengemeinschaft organisiert sein sollte und nur so auch mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar bleibt.

6. Die Bonner Politik und ihre Hoffnung auf „eine immer engere europäische Union“ unterliegt trügerischen Prämissen. England und Frankreich begrüßen zwar die Beseitigung der Deutschen Bundesbank und die „Vergemeinschaftung“ der deutschen Goldreserven durch die Europäische Währungsunion, sind jedoch nicht bereit, auf ihre nationale Entscheidungsgewalt in der Außen- und Sicherheitspolitik zu verzichten, deren Rückhalt zum Beispiel die Französische Force de Frappe und der Ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat sind. Dabei sind die unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen von nicht geringem Gewicht: Engländer und Franzosen haben ihre Nationalstaaten gegen Deutschland und vor allem gegen Hitler erfolgreich verteidigt, während die Deutschen den ihrigen nach nur vierundsiebzig Jahren in der Katastrophe von 1945 verloren. In der „postnationalen“ Vorstellung der Deutschen von den „Vereinigten Staaten von Europa“ erblicken die europäischen Nachbarn „gefährliche Illusionen“. Nicht die „immer engere politische Union Europas“ steht auf der Tagesordnung, sondern eine Union der möglichst engen Zusammenarbeit von Nationalstaaten neuen Typs, die ihre geschichtliche Lektion gelernt haben und diese Union im steten engen Ausgleich nationaler und europäischer Interessen mit Leben füllen. Europa als Ersatzvaterland ist eine deutsche Spezialität, die von den anderen nicht geschätzt wird. Sollte dahinter, auf Grund der besonderen geschichtlichen Erfahrungen, die „Scheu der Deutschen, sich selbst zu regieren“ stecken, wie Margaret Thatcher ebenso unverblümt wie realistisch in ihren Erinnerungen vermutet? Ein solches Europa würde auf lange Sicht keine Stabilität gewinnen. „Niemand nimmt uns die Bürde ab, daß wir trotz allem immer noch Deutsche sind, daß zumal unsere Nachbarn uns nach wie vor als ‚die Deutschen‘ sehen, nicht als ein vom Himmel gefallenes Häuflein chemisch reiner Weltbürger. Unsere Nachbarn treten als Nationen in die neuen umfassenderen Verbindungen ein und erwarten von uns auch gar nichts anderes. Das Übernationale setzt das Nationale voraus, und auch wir kommen um diese Voraussetzung nicht herum.“ (Wilhelm Kamlah) Die Nation, ihre Geschichte, ihre Sprache, ihre kulturelle Ausprägung, bleibt ein wesentlicher Rahmen für die verantwortungsvolle Mitwirkung des einzelnen im freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen.
7. Und ein letzter, etwas heikler Punkt: Europäische Union kann für die Berliner Republik nicht „willfährige Gefolgschaft“ gegenüber einer französischen Führungsrolle, gar mit antiamerikanischer Spitze, bedeuten. Vielmehr sollten wir an der Fortsetzung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten von Amerika interessiert sein. Es hat der Politik Konrad Adenauers von Anfang an Rückhalt gegeben. Es legte seine große Bewährungsprobe ab, als vor allem die USA der deutschen Einheit den Weg ebneten gegenüber - entgegen den Vorbehalten - der damals noch bestehenden Sowjetunion. Es dient indirekt auch dem innereuropäischen Machtausgleich. Diese deutsch-amerikanische Interessengemeinschaft wirkt auch fort in dem Streben nach einer NATO-Osterweiterung, während Paris diese lieber zu einem Kompensationsobjekt machen möchte, um sich - wieder einmal - in Moskau als

privilegierter europäischer Partner zu empfehlen, was ja nun mit europäischer Gesinnung nicht zusammenpassen kann. Die EU- und die NATO-Osterweiterung machen aber auch die besondere deutsche Verantwortung für Nordosteuropa deutlich, wie sie schon geopolitisch vorgezeichnet ist. Sie betrifft ein möglichst enges deutsch-polnisches Verhältnis ebenso wie Deutschlands Mittlerrolle für die baltischen Staaten und dies nicht zuletzt in Erinnerung an den verhängnisvollen Pakt der Diktatoren Hitler und Stalin vom 23. August 1939, der den Zweiten Weltkrieg auslöste.

Das eigene Haus wetterfest machen

Bis zum Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages als faktischem Friedensvertrag für Deutschland im Oktober 1990 war die Souveränität der alten Bundesrepublik Deutschland durch die Rechte der Siegermächte eingeschränkt gewesen. Die politische Klasse und die Mehrheit der öffentlichen Meinung hatten aus diesem Tatbestand eine Tugend gemacht, indem sie Interessenpolitik verdammt und durch die Konstruktion einer angeblich moralisch höherwertigen „Verantwortungspolitik“ (Hans-Dietrich Genscher) ersetzten. Die tatsächliche und auch völkerrechtlich fixierte Befreiung der Deutschen von der vollen Verantwortung vor allem für ihre eigene Sicherheit nach außen verführte sie dazu, Gefährdungen und selbst den Willen zur Wahrnehmung eigener Interessen zu leugnen. Dies stand dem von Konrad Adenauer verfolgten, ebenso zielsicheren wie in der Durchführung geschmeidigen Konzept der Wiedergewinnung deutscher Politikfähigkeit und Gleichberechtigung durch die West-Option entgegen. In dieser Bewußtseinslage wurden die Bonner Republik und ihre politische Klasse von der Wiedervereinigung überrascht. Schon im Frühjahr 1991 stand sie vor der Gretchenfrage, wie sie es mit neuer Souveränität und Bündnismitgliedschaft zu halten gedenke, als die Vereinigten Staaten die Koalition gegen den Aggressor Saddam Hussein schmiedeten. Bonn entschied sich hier nochmals für die bisherige Politik des Scheckbuchbeitrages als Ablass für einen Militärbeitrag. Auch in dem seit dem Sommer 1991 entbrennenden Jugoslawien-Konflikt neigte man zunächst noch zu einer Fortsetzung dieses Kurses, obwohl hier nun deutsche Interessen erheblich stärker berührt wurden als am Persischen Golf.

Im Rahmen des europäischen multilateralen Handels beschränkte sich die neue Berliner Republik zunächst auch hier auf Sanitätstruppen, materielle Hilfen und eine - freilich massive - Flüchtlingsaufnahme. Erst als die Europäische Union in Jugoslawien politisch und militärisch scheiterte und die Vereinigten Staaten mittels NATO das Heft in die Hand nahmen, rang sich die deutsche Regierung zu einem ersten größeren Kampftruppeneinsatz im Rahmen der NATO durch, zu dem das Bundesverfassungsgericht seinen Segen gegeben hatte. Der Konflikt auf dem Balkan wurde jedenfalls zum nun sehr aktuellen und praktischen Anstoß zur selbstkritischen Überprüfung der deutschen außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen und Leitbilder. Es geht:

- um die Korrektur des Wunschbildes von einer friedlichen „Welt ohne Krieg“ und um eine realistische Sicht der weltpolitischen Wirklichkeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts;

- um die Beendigung der für einen Staat atypischen deutschen Sonderrolle im Laufe des letzten halben Jahrhunderts und um eine wieder unbefangene Wahrnehmung der eigenen Interessen, wie sie für alle Staaten der Welt gilt. Nur durch Interessenwahrnehmung mit Augenmaß erwächst letztendlich internationale Berechenbarkeit;
- um die Überwindung des in der Bonner Republik „verbreiteten Verlustes an Realitätssinn, der Unfähigkeit, latente Gefährdungen anthropologisch und weltpolitisch nüchtern zu analysieren“, wie es schon 1991 der damalige Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg formuliert hatte. Das schließt auch die Revision bislang beliebter Leitbilder für die Bundeswehr ein, also Formeln wie: sie sei ein „notwendiges Übel“ (Graf Baudissin), „Der Friede ist der Ernstfall“ (Gustav Heinemann), Soldaten seien „kein Mittel der Politik mehr“ (wie die Grünen sagen) etc. Nur wenn die Streitkräfte effektiv auf den Ernstfall vorbereitet sind, kann erwartet werden, daß sie wirksam den Frieden bewahren oder wiederherstellen - eine Feststellung, die bislang nicht selten leichtfertig bestritten wurde.

Die veränderte reale Lage erfordert einen politischen und gesellschaftlichen Bewußtseinswandel hinsichtlich der Außen- und der Sicherheitspolitik, ebenso wie eine dringende Korrektur liebgewordener alter Maßstäbe in unserer Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht um nichts anderes als um die Überwindung unserer Wohlstandsgewöhnung, wenn nicht „Wohlstandsverwahrlosung“, die uns hindert, „das eigene Haus in Ordnung zu bringen, es wetterfest zu machen“. Es kann nicht länger möglich sein, daß uns die Schatten der Vergangenheit mehr zu schaffen machen als unsere Existenzfragen von heute und morgen (Sebastian Haffner).

Die zähe Tabuisierung dieser Existenzfragen unseres Gemeinwesens durch die Gesinnungspolizei der Political correctness ist das allerletzte, was wir heute in Deutschland gebrauchen können. Die neue Lage zeigt uns deutlich, „daß wir mit unseren heutigen Vorstellungen, Werten, Wünschen und Hoffnungen, die wir seit dem letzten Krieg entwickelt haben, nicht über die nächsten Jahrzehnte hinwegkommen werden“ (Arnulf Baring). Mit dem politischgesellschaftlichen Kanon und Konsens der Bonner Republik - so verständlich er zu seiner Zeit gewesen sein mag - wird die Berliner Republik nicht mehr zu Rande kommen. Sie braucht „eine den neuen Herausforderungen angemessene Grundhaltung des Volkes“ - ernster, wacher, politischer, tapferer und auch opferbereiter. Einfacher, billiger ist die Meisterung geschichtlicher Herausforderungen nach allem, was wir wissen, nicht zu haben.

Prof. Dr. Klaus Hornung, geb. 1927, lehrte bis 1992 als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Germanistik und Anglistik in Tübingen, Staatsexamina und Promotion in Tübingen bei Hans Rothfels (1952/1955). Dozent und Professor an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen (1962-1987). Habilitation und Privatdozent an der Universität Freiburg (1974-1987).

(Foto: Prof. Dr. Klaus Hornung)